

“Die Männer des 20. Juli ehren – heute Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen und Neofaschismus leisten!”

Am 20. Juli 2004 jährt sich zum 60. Mal das Attentat auf Hitler. Die Verschwörer wollten den mörderischen Krieg beenden. Der Erfolg des Umsturzversuches hätte Millionen Menschen das Leben gerettet.

Bereits im Sommer 1943 war der Mythos von der Unbesiegbarkeit der Hitler-Wehrmacht an der Ostfront zerstört worden. Im Juli 1944 hatten sowjetische Truppen große Teile der geraubten Gebiete wieder befreit. Im Westen drangen die alliierten Verbände vor.

Die Bewegung des 20. Juli suchte einen Ausweg aus einem Raub- und Eroberungskrieg, der bereits verloren war. Die politischen Ziele, die darüber hinausgingen, waren unklar und uneinheitlich. Auch die Frage der Fortsetzung des Krieges im Osten gegen die Sowjetunion war umstritten. Der Bewegung des 20. Juli fehlte eine organisierte Verbindung zum Widerstand breiter Volkskreise.

Die Bewegung des 20. Juli war Teil eines vielfältigen Widerstandes gegen Krieg und Faschismus. Daran nahmen Vertreter der unterschiedlichen sozialen Gruppen und politischen Strömungen teil: Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten. Dieser Widerstand begann lange vor der Machtübertragung an Hitler und endete nicht damit. Dafür stehen in Minden z.B. Kommunisten und Kommunistinnen wie Wilhelm Sudbrink, Willi Hundertmark und Anne Steinmetz.

Laut Gestapo-Statistik gab es im April 1939 302.256 politische Häftlinge. Zehntausende wurden hingerichtet.

Galten die Männer des 20. Juli in den 50er Jahren noch überwiegend als “Vaterlandsverräter”, wurden sie später zur Verkörperung des Widerstandes schlechthin erklärt. Heute werden sie sogar zur Legitimation weltweiter Bundeswehreinsätze missbraucht. Struck sagte am 20. Juli 2003 in Plötzensee: *“Die Abwehr von Terror und Gewalt ist eine Aufgabe, der sich Deutschland auch jenseits seiner Grenzen stellen muss.”*

- Widersprechen wir allen Versuchen, mit der Ausstellung “Aufstand des Gewissens” die Verstrickung der Wehrmacht in die Verbrechen des Hitler-Faschismus mit dem Andenken an den 20. Juli 1944 zu relativieren.
- Die Bundeswehr wurde von ehemaligen Militärs der Hitler-Wehrmacht aufgebaut, die tief in deren Verbrechen verstrickt waren. Stellvertretend sei General Molinari genannt, der in Frankreich in Abwesenheit als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde. Nach ihm aber ist heute die Stiftung des Bundeswehrverbandes benannt. Das ist nur ein Beispiel für die unselige Traditionspflege der heutigen Bundeswehr.
- Widersprechen wir allen Versuchen, die Bundeswehr zu einem Instrument des Friedens umzudeuten. Das gilt gerade für die heutige Zeit, in der die Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgerüstet wird und in der auch die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten durch ein Gesetz ausgehebelt werden sollen. Die Bundeswehr stellt die Kerntuppe der EU-Armee. Sie wird nach der europäischen Sicherheitsstrategie für Präventivkriege eingesetzt werden können. Der Einsatz für Präventivkriege ist auch im Rahmen der NATO möglich.
- Damit beteiligt sich eine große Koalition aus CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE an der Zerstörung des geltenden Völkerrechts, das durch das Recht des Stärkeren ersetzt werden soll. Das wird mehr Unsicherheit und noch mehr Aufrüstung mit sich bringen.
- Widersetzen wir uns der Militarisierung unseres Landes und der EU. Verhindern wir die Pflicht zur Aufrüstung, wie sie im Entwurf der Verfassung für Europa enthalten ist.
- Widersetzen wir uns dem fortschreitenden Sozialabbau. Mit ihm sollen auch die Aufrüstungsmaßnahmen finanziert werden.
- Widersetzen wir uns dem Verharmlosen und dem Tolerieren der Umtriebe von Naziorganisationen. Wie bereits am Ende der Weimarer Republik versuchen sie Sozialabbau und Perspektivlosigkeit auszunutzen und die politische Entwicklung nach rechts zu treiben.

**Nie wieder Krieg , nie wieder Faschismus!
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein
Verbrechen!
Abrüstung statt Sozialabbau!**

Der Widerstand gegen Krieg und Faschismus lehrt: Nur in breiten politischen Bündnissen sind Frieden, soziale Sicherheit und Demokratie durchsetzbar.

DKP Minden, Juni 2004